



LOKAL DEMOKRATIE IN BIELEFELD

Drucksachen-Nr.

7655/2020-2025

Datum:

05.03.2024

An den Oberbürgermeister

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss	06.03.2024	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes):

TOP 6.1 Kooperationsvereinbarung zwischen dem Polizeipräsidium Bielefeld und der Stadt Bielefeld - „Kapitel Antidiskriminierung“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zum oben genannten Tagesordnungspunkt stelle ich folgenden **Ergänzungsantrag**:

„Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen der Ordnungspartnerschaft mit dem Polizeipräsidium innerhalb der nächsten 12 Monate ein Kapitel „Antidiskriminierung“ in die Kooperationsvereinbarung aufzunehmen. Dazu zählen exemplarisch unter anderem folgende zu besprechende und zu prüfende Maßnahmen und Methoden:

- Verbindliche regelmäßige Schulungen der Ordnungskräfte (z.B. zu Racial Profiling, interkultureller Kompetenz, etc.)
- Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle
- Einführung eines Quittungssystems (z.B. Stoppformulare)
- Einrichtung eines „Runden Tisch Diskriminierung“ (Partizipatives Element)

Die Verwaltung wird gebeten, nach sechs Monaten erste Zwischenergebnisse mit jeweiligen Begründungen zu präsentieren.

Begründung:

Straftaten und Ordnungswidrigkeiten müssen geahndet werden. Bei der Erreichung dieses Ziels kann es jedoch zu Diskriminierungen kommen. Auch wenn es verfassungswidrig ist: Racial Profiling existiert leider und gehört zur täglichen Erfahrungswelt von Menschen mit internationaler Familiengeschichte. Ein Antidiskriminierungskonzept ist kein Widerspruch zu einem Sicherheits- und Ordnungskonzept, sondern integraler Bestandteil.

Eine unabhängige Beschwerdestelle ist unumgänglich und verhindert ernstzunehmende Compliance-Probleme.

Eine regelmäßige Schulung der Mitarbeiter*innen des Ordnungsdienstes und der Polizeibeamt*innen in den Bereichen „Interkulturelle Kompetenz“ und Racial Profiling schafft Sicherheit für eben diese Mitarbeiter*innen und die von Diskriminierungen betroffenen Menschen.

Ein Quittungssystem für Kontrollen wurde bereits in einigen Städten erfolgreich eingeführt und vermeidet Diskriminierungen.

Ein „Runder Tisch Diskriminierung“ ist ein partizipatives Element und würde betroffene Menschen regelmäßig einbinden. Der Integrationsrat sollte in diese Gespräche eingebunden werden.

Die Polizeipräsidentin gab in der letzten Sitzung das Ziel aus, „diskriminierungsfrei“ zu agieren. Das gibt es bislang weltweit in keiner einzigen Stadt. Bielefeld wäre bei Erreichung des Zieles somit ein weltweites Vorbild. Dieser Antrag dient dazu, dieses Ziel zu erreichen.

Quellen und Materialien:

[1] Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages: „Einzelfragen zu „Racial Profiling“ und zur „Ausländerkriminalität““ (2021):

<https://www.bundestag.de/resource/blob/878190/bd8f94fd344747a843074a3dae23139e/WD-7-108-21-pdf-data.pdf>

[2] Positionspapier von Amnesty International zu „Racial Profiling“:

<https://www.amnesty.de/sites/default/files/2021-10/Amnesty-Positionspapier-zu-Racial-Profiling-Oktober2021.pdf>

[3] Bericht zu „Stoppformularen“ in Spanien: <https://www.liberties.eu/de/stories/stop-forms-ethnic-profiling-spain/16224>

[4] Bericht über ein „Quittungssystem“ in der Schweiz:

<https://www.derbund.ch/quittungssystem-gegen-racial-profiling-994441249182>

[5] Bericht des Mediendienst Integration zu Lösungen, u.a. einer unabhängigen

Beschwerdestelle: <https://mediendienst-integration.de/artikel/was-tun-gegen-rassistische-polizeigewalt.html>

[6] Anfrage der LiB (und Antwort der Verwaltung) zum selben Thema zur Sitzung des HWBA am 01.03.2023: https://anwendungen.bielefeld.de/bi/to0050.asp?_ktonr=222124

Unterschrift:

gez. Michael Gugat